

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gemeinsam stark: Maßnahmen zur sozialräumlichen Vernetzung von Schulen im Kiez

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Als zentrale Orte im Stadtteil können Schulen weit über den Unterricht hinaus wirken – als lebendige Treffpunkte, Kooperationspartner und kulturelle Anker für Kinder, Jugendliche und Familien. Um diese Rolle noch stärker zu entfalten, braucht es klare Strukturen, transparente Raumnutzungsmodelle und eine enge Zusammenarbeit mit Trägern, Kultureinrichtungen, Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete, Vereinen und anderen lokalen Initiativen. So können Schulen sich zu offenen Lern- und Lebensorten im Kiez weiterentwickeln.

Deshalb wird der Senat aufgefordert, folgende Maßnahmen zur Stärkung sozialräumlicher Vernetzung von Schulen im Kiez umzusetzen:

- Einrichtung einer Koordinierungsstelle in jedem Berliner Bezirk, die mit klaren und einheitlichen Vorgaben zur Arbeitszeit und Vergütung ausgestattet ist. Diese Stellen koordinieren die Nutzung schulischer und außerschulischer Räume zwischen Schulgemeinschaften, Trägern und Vereinen.
- Stufenweise Ausstattung aller Berliner Schulen mit elektronischen Schließanlagen.
- Einführung von niedrigschwelligen Raumbuchungs- und Raumnutzungsregelungen für Schulen und außerschulische Träger.
- Benutzerfreundliche Überarbeitung und Weiterentwicklung der bestehenden Lernortdatenbank durch das BLiQ zu einer umfassenden Plattform, die u.a. Informationen zu Lernorten, Ansprechpartner*innen, freien Ressourcen und buchbaren Räumen enthält.
- Ausbau von Fort- und Weiterbildungsangeboten für pädagogisches Personal zur Nutzung außerschulischer Lernorte für den Unterricht und Schulalltag.

- Ausbau und Verstetigung bestehender Förderprogramme zur Stärkung der sozialräumlichen Vernetzung (z.B. pädagogische Werkstatt, Bildungsverbände, Zukunftskieze) in der ganzen Stadt. Der Schwerpunkt der Maßnahmen soll dabei zunächst auf Schulen und Einrichtungen in armutsbelasteten Kiezen liegen.
- Verpflichtende Beteiligungsstrukturen für Schulgemeinschaften, lokale Träger und Bürger*innen bei Neubau- und Sanierungsprojekte im Bildungsbereich.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals zum 30. Juni 2026 und danach halbjährlich zu berichten.

Begründung

Die sozialräumliche Vernetzung von Schulen bietet großes Potenzial für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit in Berlin. Bisher wird dieses Potenzial noch nicht ausreichend genutzt. Damit nicht jede Schule unnötig viel Aufwand in diese Prozesse stecken muss, soll der Senat sie dabei mit den aufgeführten Maßnahmen unterstützen.

Die Einrichtung bezirklicher Koordinierungsstellen mit klaren Zuständigkeiten und einheitlichen Rahmenbedingungen kann ein zentraler Schritt sein, um Schnittstellen zu schaffen, Kooperationen zu fördern und die schulische Infrastruktur für den Stadtteil besser nutzbar zu machen. Ergänzt durch digitale Werkzeuge – etwa eine erweiterte Lernortplattform, die transparent buchbare Räume und Ansprechpartner*innen auflistet – kann die Zusammenarbeit effektiv unterstützt werden.

Darüber hinaus muss sozialräumliches Denken bereits bei der Planung von Sanierungen und Neubauten im Bildungsbereich verankert sein, damit diese den sozialen und kulturellen Anforderungen des Quartiers gerecht werden. Hierfür braucht es eine verbindliche Beteiligung der Schulgemeinschaften, zivilgesellschaftlichen Träger und lokalen Akteur*innen.

Die technische Voraussetzung für eine sichere Öffnung der Schulen – etwa durch elektronische Schließsysteme – sowie begleitende Qualifizierungsangebote für pädagogisches Personal zur Nutzung externer Lernorte sind ebenso notwendig wie die nachhaltige Stärkung bestehender Förderprogramme. Diese müssen insbesondere auf Schulen in benachteiligten Lagen fokussiert werden, um Bildungsungleichheit aktiv entgegenzuwirken.

All diese Maßnahmen dienen einer strategisch geplanten, bezirksübergreifend koordinierten und lokal verankerten sozialräumliche Vernetzung von Schulen, die nicht nur das Bildungswesen stärkt, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratische Teilhabe in den Berliner Kiezen fördern kann.

Berlin, den 13. Februar 2026

Jarasch Graf Krüger
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen